



JUNGE WISSENSCHAFT IM ÖFFENTLICHEN RECHT

[Blog](#)
[Verein](#)
[Service](#)
[Tagungen](#)
[Kontakt](#)
[Weitere Projekte](#)

27.
Okt 2015

Kategorien:

Recht
dogmatisch,
Recht
transnational,
Recht vor
Gericht

Kommentare:

Keine
Kommentare

Tags:

Europarecht,
Gleichheitsgrun
Grenzkontrollen
Personenkontrollen
Philip
Weyand,
Polizeirecht,
Racial
Profiling,
Schengener
Grenzkodex

Diskriminierungsfreie Personenkontrollen im Schengenraum

– oder wie das VG Stuttgart den Problemkreis Racial Profiling europarechtlich löst

von PHILIP WEYAND



Mit seinem Urteil vom
22.10.2015 zur
verdachtsunabhängigen
Personenkontrolle eines in
Kabul geborenen Deutschen
durch die Bundespolizei hat das
VG Stuttgart zumindest eine
teilweise Kollision des

Schengener Grenzkodex mit den
Ermächtigungsgrundlagen im Bundespolizeigesetz zur
Identitätsfeststellung erkannt. Entzieht sich das Gericht
durch die Auflösung einer Normenkollision zugunsten
des Europarechtes also der weiter dringend notwendigen
richterlichen Ablehnung des Racial Profiling?

Urteil des VG Stuttgart

Aus den bisher vorliegenden Pressemitteilungen zur
[mündlichen Hauptverhandlung](#) und zum [Urteil](#) geht hervor,
dass Beamte der Bundespolizei die Identität eines in Kabul
geborenen Deutschen im ICE zwischen Baden-Baden und
Offenburg (Grenzregion zu Frankreich) festgestellt haben.
Der Betroffene klagte auf eine Feststellung der
Rechtswidrigkeit der Maßnahme, da eine gerade auf ihn

Neues im JuWissBlog

Nachruf auf Dr. Carsten Hörich –
einen kritischen Migrationsrechtler
und besonderen Menschen

Wenn sich die Politik über das Recht
erhebt: Der „Stadthallen-Fall“ von
Wetzlar und seine Folgen

Bundesamt für Verfassungsschutz
im Zentralisierungsdilemma-
Unnötiger Richtungsstreit oder
längst notwendige Positionierung?

Autonomie „über alles“: Eine Kritik
des Achmea-Urteils des EuGH

„Schleuser-Merkel“ – Wie Anzeigen
und Verdächtigungen den
politischen Diskurs bedrohen

Die Justiz Saudi-Arabiens: Ein
Rechtssystem im Wandel

Befragung statt Urwahl

Ein Klassiker mit Klasse – 60 Jahre
Lüth

Sechs Fragen an... Prof. Dr. Anne
Sanders, M.Jur. (Oxford), Professorin
an der Universität Bielefeld

gerichtete Kontrolle insbesondere auf seine Hautfarbe zurückzuführen sei, und damit u.a. gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße. Die Bundespolizei wiederum beruft sich auf § 23 Abs. 1 Nr. 3 BuPolG, der sie auch zu verdachtsunabhängigen Identitätsfeststellungen im Grenzgebiet zur Verhinderung unerlaubter Einwanderung berechtigt.

Das VG Stuttgart hat der Klage des Betroffenen stattgegeben. Nicht aber ob seiner wohl vorwiegenden Beschwerdegründe der Ungleichbehandlung gegenüber allen anderen Waggoninsassen, sondern mit Hinweis auf vorgehende Normen des Unionsrechtes. Das Gericht ist der Ansicht, dass verdachtsunabhängige Kontrollen zur Verhinderung des unerlaubten Grenzübertritts im Schengenraum grundsätzlich nicht gestattet sind. Die Bundespolizei verfügte demnach im vorliegenden Fall schlicht über keine Ermächtigungsgrundlage zur Identitätsfeststellung, wobei das Gericht die Berufung für zulässig erklärt hat.

Keine verdachtsunabhängigen Grenzkontrollen im Schengenraum

Der [Schengener Grenzkodex](#) wirkt als Verordnung der EU unmittelbar auch in das deutsche Recht. Damit genießt er bekanntermaßen Anwendungsvorrang. Im Grundsatz verbietet er Grenzkontrollen im Binnenraum, erlaubt aber ausnahmsweise deren temporäre Wiedereinführung. Diese durch das Schengener Governance Package 2013 erweiterten Möglichkeiten der Wiedereinführung von Grenzkontrollen (dort Art. 23 ff.) – von denen die Bundesrepublik im Zuge der anhaltenden Migrationswelle aktuell Gebrauch macht – waren bei den hier in Frage stehenden Kontrollen aus dem Jahre 2013 nicht einschlägig.

Die Entscheidung zur Europäischen Integration im Schengensystem hat also auch für den Gesetzgeber weitreichende Konsequenzen. Die Grenzkontrollen als unmittelbare Folge der staatlichen Souveränität dürfen nur noch an den Schengen-Außengrenzen ges

tattet werden. Die innerstaatlich zuständige Bundespolizei hat also im Normalfall – ohne temporäre Wiedereinführung – keine Möglichkeit mehr, systematische, verdachtsunabhängige Grenzkontrollen durchzuführen.

Richtig erkannt hat das Gericht, dass polizeiliche Personenkontrollen gemäß Art. 21 des Grenzkodex aber auch im Grenzbereich durchgeführt werden dürfen, wenn sie keine Grenzkontrollen zum Ziel haben, nicht als solche wirken, nicht vergleichbar systematisiert sind und z.B. auf die konkrete Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität ausgerichtet sind. Schließlich müssen solche Kontrollen stichprobenartig durchgeführt werden.

Das (nicht erfüllte) Bestimmtheitserfordernis als Ausweichmöglichkeit?

Diese Anforderungen des Schengener Grenzkodex an nationale Rechtsgrundlagen für Personenkontrollen im Grenzgebiet müssen gemäß [EuGH – Melki u. Abdeli](#) auch in der Norm genannt werden, um insbesondere das tatsächliche Ermessen der Beamten bei der Kontrolle in die vorgegebenen Bahnen zu lenken. Dies erfüllt § 23 Abs. 1 Nr. 3 BuPolG nicht, der ja gerade nur verdachtsunabhängige Identitätsfeststellungen zur Verhinderung oder Unterbindung der unerlaubten Einreise vorsieht. Eine unionskonforme Auslegung ist hier ob des zum Schengener Grenzkodex gegenläufigen Wortlautes ausgeschlossen.

Das Gericht hat mit dieser Entscheidung ein Versäumnis des deutschen Gesetzgebers aufgedeckt, welches zumindest die Bundesregierung im Rahmen eines [Vertragsverletzungsverfahrens](#) der Kommission gegen die BRD noch immer nicht einsieht. Hier kann und wird der verwaltungsgerichtliche Schub wohl zu einem Einsehen führen, die Norm doch irgendwann bestimmter zu gestalten.

Durch den dogmatisch zweifellos richtigen Weg, die Rechtsgrundlage für unanwendbar zu erklären, und die weitere Prüfungen offen zu lassen, hat sich das Gericht aber der ebenfalls drängenden Frage nach der Art und Weise der Auswahl der zu kontrollierenden Personen scheinbar entzogen. Die grundrechtliche Problematik des Racial Profiling lediglich als Aufhänger zur Lösung einer normativen Kollisionslage?

Der dezente Hinweis des Gerichtes auf Stichproben

Kontrollen fernab jedes konkreten Verdachtes nur aufgrund persönlicher Eigenschaften, so zum Beispiel der

Hautfarbe, sind bereits ob Art. 3 Abs. 3 GG als diskriminierend zu bewerten und damit verboten. Ob die hier behandelte Identitätsfeststellung diskriminierend erfolgte, hat das Gericht offen gelassen. Dies ist insofern erst einmal zu bedauern, als dass es hier aufbauend auf seine Argumentation durch explizite Aussagen ein wenig Klarheit für eine vieldiskutierte Frage hätte bringen können.

In der jüngeren Vergangenheit war insbesondere der vom VG Stuttgart nicht geprüfte § 22 Abs. 1a BuPolG **Anknüpfungspunkt** für das Thema **Racial Profiling**. Hier stand selten die Rechtsgrundlage selbst, sondern eher ihre konkrete Anwendung im Zentrum der Debatte. Wie in § 23 Abs. 1 Nr. 3 BuPolG kann die Bundespolizei aber auch hier bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen jede Person kontrollieren. Eine Anweisung an die Art und Weise der Auswahl der zu kontrollierenden Personen findet sich in beiden Normen nicht.

Das VG Stuttgart geht hier zumindest in der Pressemitteilung nicht auf § 22 Abs. 1a BuPolG ein. Weist es aber auf die zu erfüllenden Voraussetzungen des Grenzkodex für weitere polizeiliche Kontrollen hin, so sind hier explizit auch Vorgaben an die Art und Weise der Auswahl der Personen miteingeschlossen: Stichproben. Diese müssen dann auch für die weiteren im Anwendungsbereich des Kodex liegenden Normen gelten.

Der Vorrang des Europarechtes als effektive Lösung

Das VG Stuttgart hat erkannt, dass Racial Profiling gerade durch eine weit formulierte und damit unklare Rechtsgrundlage bedingt sein kann und die Lösung dieser Problematik auf der Ebene des Europarechtes zumindest für seinen Anwendungsbereich bereitsteht. Handelt die Bundespolizei also auf der Grundlage von abstrakten Lageerkenntnissen grenzkontrollenähnlich – für tatsächlich verdächtige Personen bestehen selbstverständlich andere Rechtsgrundlagen – und kontrolliert einen Waggon mit unverdächtigen Personen, so darf sie das gemäß den Vorgaben des Schengener Grenzkodex u.a. nur durch Stichprobensystematik. Vor dem Einstieg der Beamten könnte beispielsweise festgelegt werden: „Heute Wagen 22, Sitzplätze 04 und 09“. Mit der richtigen Anwendung dieser Vorgaben dürften sich die Fälle verhältnismäßig gehäufte Kontrollen Personen anderer Abstammung minimieren.

Durch den klaren Verweis auf die Voraussetzungen des Schengener Grenzkodex hat sich das VG Stuttgart also nicht aus seiner Verantwortung hinsichtlich einer Vermeidung von Racial Profiling gestohlen. Mit bewundernswerter Klarheit zeigen die Richter tatsächlich auf, dass zumindest auf der Normebene im Anwendungsbereich des Kodex mit den vorgeschriebenen Stichproben effektive Vermeidungswerkzeuge bestehen. Europa wieder einmal als Lösung einer grundrechtlich relevanten Fragestellung. Eine tolle Entscheidung für die unrechtmäßig Betroffenen der auf beide Normen gestützten Maßnahmen. Genauso aber auch für die Beamten der Bundespolizei, welche häufig die Folgen der anhaltend misslichen Rechtsunklarheit tragen.

Teilen:



51


[← Service am Montag](#)
[Service am Montag →](#)

Ähnliche Beiträge

Kadi II: Der EuGH kämpft um Informationen und der Einzelne sieht zu	Bitte ein Bitcoin – staatlicher Millionengewinn aus beschlagnahmten Bitcoins?	Ausschlüsse Little europarechtskonform? Existenzsichernde Leistungen für EU- Migrant_innen in der deutschen Sozialrechtsprechung
--	---	--

Hinterlasse eine Antwort

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Erforderliche Felder sind markiert *

Name *

Email *

Website

Ich bin kein Roboter.

reCAPTCHA

[Datenschutzerklärung](#) - [Nutzungsbedingungen](#)

Kommentar abschicken

- ☐ Benachrichtige mich über nachfolgende Kommentare via E-Mail.
- ☐ Benachrichtige mich über neue Beiträge via E-Mail.

Aktuelle Beiträge

Nachruf auf Dr. Carsten Hörich – einen kritischen Migrationsrechtler und besonderen Menschen

Wenn sich die Politik über das Recht erhebt: Der „Stadthallen-Fall“ von Wetzlar und seine Folgen

Bundesamt für Verfassungsschutz im Zentralisierungsdilemma- Unnötiger Richtungsstreit oder längst notwendige Positionierung?

Tagung zum Netzwerkrecht: Die Zukunft des NetzDG und seine Folgen für die Netzkommunikation

Autonomie „über alles“: Eine Kritik des Achmea-Urteils des EuGH

„Schleuser-Merkel“ – Wie Anzeigen und Verdächtigungen den politischen Diskurs bedrohen

Die Justiz Saudi-Arabiens: Ein Rechtssystem im Wandel

Two Years after the “March of Hope” from Idomeni: Interventions against Push-Backs along the Balkan Route(s)

Vierter Kongress der deutschsprachigen

Kontakt

Junge Wissenschaft im Öffentlichen Recht e.V.

Bucerius Law School
Jungiusstraße 6
20355 Hamburg
Telefon 040 30706 204
Telefax 040 30706 195

Kontakt zum Verein:
kontakt@juwiss.de

Kontakt zum JuWissBlog:
redaktion@juwiss.de

Hinweise zu Stellen, Call for Papers, etc. bitte an:
service@juwiss.de

JuWiss-Blog abonnieren

E-Mail-Adresse

Abonnieren

Tweets

Rechtssoziologie-Vereinigungen

Unpacking Economic and Social Rights: International and Comparative Dimensions

Rechtsvergleichung als didaktische Herausforderung – Zur Bedeutung der Rechtsvergleichung im juristischen Studium

Befragung statt Urwahl

Ein Klassiker mit Klasse – 60 Jahre Lüth

Sechs Fragen an... Prof. Dr. Anne Sanders, M.Jur. (Oxford), Professorin an der Universität Bielefeld

Versammlungsverbot und Datenspeicherung zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung?

JuWiss

@JuWiss

Ein Nachruf auf Dr. Carsten Hörich – einen kritischen Migrationsrechtler und besonderen Menschen

wp.me/p2BnDU-4XJ juwiss.de/27-2018/



29. März 201

JuWiss

@JuWiss

Frederik Ferreau zum Stadthallenfall von Wetzlar: warum Wetzlar gegen den Rest der (Gerichts-) Welt weitreichende Folgen hat.

juwiss.de/26-2018/

Wenn sich die P...
von FREDERIK F...
juwiss.de

29. März 201